

## USA: Bürgermeister verbreitet christliche Homophobie

**Gott ist nach Ansicht eines republikanischen Mittelstadt-Bürgermeisters aus New Jersey sauer auf Aktivisten, die sich für Rechte für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten engagieren.**

Alfonso Cirulli, der republikanische Bürgermeister der an der Atlantikküste gelegenen 22'000 Einwohner zählenden Gemeinde Barnegat Township, hat mit einer LGBTI-feindlichen Äusserung im Stadtrat für USA-weite Empörung gesorgt. Der 60-Jährige erklärte am Dienstag laut der Nachrichtenagentur AP, dass die LGBTI-Bewegung "eine Beleidigung des allmächtigen Gottes" sei.



Anlass für die Äusserung war ein im Januar vom demokratischen Gouverneur Phil Murphy unterzeichnetes Gesetz, nach dem Schulen in New Jersey "den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beitrag von Menschen mit Behinderungen sowie von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen behandeln müssen, wenn dies angebracht ist". Das umstrittene Gesetz, das auch von religiösen Organisationen kritisiert wurde, tritt im Schuljahr 2020/21 in Kraft.

Cirulli zeigte sich in der Stadtratssitzung empört, dass Eltern oder Schüler keine Möglichkeit hätten, einen entsprechenden Unterricht zu boykottieren. Er erklärte, dass die sexuelle "Präferenz" nur eine Sache der "Einstellung" sei und daher Diskriminierung von LGBTI nicht mit rassistischer Diskriminierung zu vergleichen sei.

### **Queere Schulthemen "vernichten jüdisches und christliches Erbe"**

"Diese Nation wurde auf der Grundlage von Religionsfreiheit gegründet", so begründete der Bürgermeister seine Haltung. "Politiker haben daher kein Recht, mit Gesetzen für die LGBTQ-Agenda zu werben und damit die Religionsfreiheit und unserer jüdisches und christliches Erbe zu vernichten."

Unterstützung erhielt Cirulli von Vizebürgermeister John Novak: "Eltern haben Rechte. Wenn ich will, dass mein Kind etwas über Homosexualität erfährt, dann bringe ich es ihm entweder bei oder ich werde eine Person finden, die das kann. Die Regierung sollte aber nicht darüber bestimmen."

Auch in Deutschland gibt es immer wieder Kritik an der Erwähnung von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten im Schulunterricht. Zu den Hauptkritikern zählen die Union und insbesondere die AfD, in der führende Politiker die LGBTI-Aufklärung etwa als "Gehirnwäsche" und "Pornounterricht" von "perversen Linkspolitikern" diffamiert hatten.

Ziel der Behandlung von LGBTI-Themen soll eine erhöhte Akzeptanz von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten sein. Gegenwärtig ist laut Umfragen Homo- und Transphobie an deutschen Schulen nach wie vor weit verbreitet